

Bern, 28. Februar 2011



Sekretariat der Staatspolitischen Kommissionen
Parlamentsdienste
3003 Bern

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative 09.480 Keine Ausweitung der Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Aufgrund der breitflächigen und durchwegs ablehnenden Reaktionen auf die Einführung der Auskunftspflicht bei Telefoninterviews im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung im Herbst 09 ist klar, dass die notwendige Akzeptanz für dieses Vorgehen in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. In unserer Analyse waren dafür zwei Faktoren hauptverantwortlich: Erstens sind die Fragen z.T. recht intim und die Notwendigkeit ihrer Beantwortung im Zusammenhang mit der Arbeitskräfteerhebung ist für die Befragten nicht immer unmittelbar ersichtlich. Zweitens wird die Erhebung per Telefon als extrem belästigend und invasiv erlebt und weckt bei vielen Befragten ungute Assoziationen an nerviges Telefonmarketing. Die SP sieht deshalb Handlungsbedarf und unterstützt die Initiative im Grundsatz.

Gleichzeitig ist der SP bewusst, wie wichtig aussagekräftige Statistiken sind – gerade auch im genannten Bereich. Es stellt sich uns deshalb die Frage, ob bei der Ausarbeitung der Vorlage der Kompromiss zwischen den beiden Anliegen in genügendem Masse gesucht und gefunden wurde. Aus den Vernehmlassungsunterlagen wird nicht ersichtlich, ob erwogen wurde, die Befreiung von der Auskunftspflicht auf die telefonische Erhebung zu beschränken und falls ja, warum diese Option verworfen wurde. Ebenso wenig geht aus den Unterlagen hervor, ob eine Überarbeitung des Fragenkataloges bei der Arbeitskräfteerhebung möglich wäre, oder falls nein, ob immerhin eine bessere Einbettung der intimen Fragen in einer Art denkbar wäre, die den Befragten deren Sinn besser erschliesst lässt.

Wenn aufgezeigt wird, dass es sich bei den vorliegend vorgeschlagenen Änderungen um die mildest möglichen handelt und es keine sinnvolleren Optionen gibt, um den widerstrebenden Interessen besser gerecht zu werden, dann wird die SP den Änderungsvorschlägen auch in der vorliegenden

1

Form zustimmen. Gewährleistet muss allerdings sein, dass die Finanzierung der im Bericht erwähnten Zusatzkosten für die grössere Stichprobe gewährleistet ist. Nur so kann sicher gestellt werden, dass die Aussagekraft der statistischen Daten weiterhin vorhanden ist.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Carsten Schmidt
Politischer Fachsekretär